

Antrag Nr. 24-F-63-0024

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Identifikation per Video ID stadtweit einsetzen
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 12.03.2024 -

Antragstext:

Im Zeitalter der digitalen Transformation ist es von größter Bedeutung, dass unsere Stadtverwaltung mit technologischen Fortschritten mithält. In Wiesbaden wird das Videoident-Verfahren seit November 2020 als Alternative zur eID-Ausweisfunktion den Bürger:innen angeboten. Erstmals wurde das Verfahren im Rahmen der Online-Anmeldung der Eheschließung eingeführt und seither über 6.000-mal genutzt. Seit Oktober 2023 ist in Wiesbaden die Online-Meldung am Wohnsitz mit einem Videoident-Verfahren verfügbar. Ein Angebot, das bundesweit noch einzigartig ist.

Der Prozess des Videoident-Verfahrens inklusive der qualifizierten elektronischen Signatur ist mit über 200 verschiedenen Ausweisdokumenten nutzbar und wird bereits seit vielen Jahren in der Wirtschaft genutzt. Alle Ausweisdokumente werden im Videoident-Verfahren organisatorisch und technisch auf ihre Prüfmerkmale überprüft.

Eine stadtweite Nutzung des bewährten Videoident-Verfahrens stellt einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität von Onlinediensten und zur Bewältigung von Verwaltungsaufgaben ohne die Notwendigkeit zusätzlichen Personals dar. Es nutzt vorhandene technische Schnittstellen, fördert die digitale Transformation der Stadtverwaltung und erhöht die Nutzungsfreundlichkeit für Bürgerinnen und Bürger. Durch seine hohe Akzeptanz und Vielfältigkeit kann es den Verwaltungsprozess signifikant vereinfachen und beschleunigen, was zu effizienteren und kosteneffektiven Dienstleistungen führt. Aufgrund der kürzlichen Abschaffung des PIN-Rücksetzbriefs und der weiterhin niedrigen Akzeptanz der EID-Ausweisfunktion muss über eine Alternative nachgedacht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Authentifizierung per Videoident-Verfahren als Alternative zur eID-Ausweisfunktion bis zum Jahresende 2024 grundsätzlich überall dort anzubieten, wo sie kostenneutral realisierbar ist (insbesondere in den Civento-Prozessen).
2. in Diensten, in denen die Einführung des Videoident-Verfahrens zusätzliche Kosten verursacht, diese Kosten zu ermitteln und zur Berücksichtigung in den Haushaltsberatungen 2025 anzumelden.

Wiesbaden, 13.03.2024

Gesine Bonnet / Felix Kisseler
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Antrag Nr. 24-F-63-0024
Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Silas Gottwald
Fraktionsvorsitzender, SPD

Sascha A. Fricke
Fraktionsreferent, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Janine Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt